

» „Nachhaltigkeit“: Lästige Pflicht oder chancenreiche Kür?

Teil 2: Europäische Politik für nachhaltige Entwicklung

Zur Übersicht

In der ersten Folge (VersVerm 03/21, S. 107) wurde eine Einführung in die Geschichte und den Ansatz des Nachhaltigkeits-Konzepts gegeben. Die globale Antwort der Vereinten Nationen (UN) auf das größte gemeinsame Projekt der Menschheitsgeschichte, die Bewahrung der Lebensgrundlagen der Menschheit ist die Formulierung von 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und deren Umsetzung bis zum Jahr 2030, den Sustainable Development Goals (SDGs).

Diese Folge widmet sich der politischen Umsetzung in der EU. Dadurch wird der Rahmen deutlich, in der aktuelle und zukünftige nachhaltigkeitsbezogene Regularien für die Berufsausübung der Vermittler in Europa insgesamt und speziell in Deutschland einzuordnen sind.

Aktuelle europäische Politik

Europäische Politik ist komplex. Was hinten als Regulierung, als Förderung oder als nationenübergreifende Poli-

tik herauskommt, hat aufgrund der sehr unterschiedlichen nationalen Interessen der 27 Mitgliedstaaten, der Kommission, des EU-Parlaments und der Vielzahl von Interessengruppen (wie dem BVK über BIPAR) viele Abstimmungsprozesse und parlamentarische Wege hinter sich. Politik folgt dabei der Grundüberzeugung, dass es drei Optionen zur Erreichung von z. B. Nachhaltigkeitszielen gibt: Entweder Bürger, Unternehmen, Institutionen, Verwaltungen und Regierungen werden aus eigenem Antrieb tätig oder sie brauchen dafür Anreize, oder es bedarf Regularien. Das tatsächliche Verhalten der Adressaten, die Dringlichkeit in der Sache und der jeweilige ideologische Standpunkt der Politiker entscheiden letztlich über die Anwendung der Instrumente.

Die Diskussionen über Nachhaltigkeit im Finanzdienstleistungssektor („Sustainable Finance“) sind eine unvermeidbare Ausprägung der aktuellen politischen Machtverhältnisse. Diese ergeben sich aus den alle fünf Jahre stattfindenden Wahlen zum EU-Parlament und der jeweiligen Europa-Politiken der nationalen Regierungen. Die aus 27 Mitgliedern bestehende Kommission wird für den Zeitraum 2019 bis 2024 von Ursula von der Leyen angeführt.

Franke und Bornberg: Vermittlerumfrage zum Thema „Nachhaltigkeit“

Nachhaltigkeit, ESG und TVO – Schlagwörter, die in der Finanz- und Versicherungsbranche zunehmend an Bedeutung gewinnen. Nachhaltigkeitsinformationen fließen in Druckstücke und auf Internetseiten der Versicherer ein. Doch wie schaut es in der Praxis aus? Mit der aktuellen Vermittlerumfrage von Franke und Bornberg rückt der Blick auf den Status Quo aus der Perspektive der Vermittelnden.

Wie erfolgt die Informationsgewinnung? Welche Aspekte können schon heute in die Beratung einfließen? Und welche Rolle spielen persönliche Werte?

Sind Sie vermittelnd tätig?

Dann geht's hier zur Umfrage, um dem wichtigen Thema Ihre Sicht hinzuzufügen. Die Umfrage ist vollkommen anonym, umfasst insgesamt 20 Fragen und nimmt etwa



10 Minuten in Anspruch. Gutes tun inklusive. Denn Franke und Bornberg pflanzt für jeden Teilnehmenden einen Baum. Die Vermittlerumfrage läuft noch bis zum 15. Mai 2021
<https://www.franke-bornberg.de/>

Ihre Agenda umfasst sechs Prioritäten:

- › einen europäischen „Green Deal“
- › ein Europa für das digitale Zeitalter
- › eine Wirtschaft im Dienste der Menschen
- › ein starkes Europa in der Welt
- › die Förderung der europäischen Lebensweise
- › ein neuer Schwung für die Demokratie in Europa.

Fasst man die teilweise sehr detaillierten Ziele und Aktionen dieser sechs Prioritäten zusammen, lässt sich das bekannte Grundmuster des Nachhaltigkeits-Konzepts wiedererkennen.

Der „Green Deal“

Bereits 2016 hat sich die EU zur Verfolgung der UN-SDGs verpflichtet. In Folge des Pariser Klimaschutzabkommens verfolgt die EU mit dem „Green Deal“ zudem das Ziel, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Dieser Anspruch klingt nicht nur sportlich, sondern auch teuer: Für die Erreichung der Klimaziele sind 260 Mrd. Euro veranschlagt, und zwar jährlich! Darüber hinaus wird für den Zeitraum 2020 bis 2030 mit dem „Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa“ eine